



Ausgabe 5/2009

26. August 2009

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Nach wiederholter Gewalt von Fußballfans gegen Polizeibeamte

GdP fordert nachhaltige Zahlungen an Fanprojekte

München - (gdp) Den Vorfall im Bahnhof Würzburg, bei dem drei Bundespolizisten verletzt wurden, nimmt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern und Sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Harald Schneider, zum Anlass, mehr Mittel für Fanprojekte zu fordern. „Es nützt nichts, wenn Innenminister Joachim Herrmann allein nach harten Strafen ruft, aber die Betreuung der Fans in Bayern vernachlässigt wird“, so Harald Schneider.

Herrmann hatte sich am Montag entsetzt über das Maß an Rohheit und Gewalt gezeigt und gemeint: „Mit Sportbegeisterung und Fanwesen hat das nichts zu tun. Wir müssen diese Gewalttäter jetzt mit aller Härte bestrafen. Ich hoffe sehr, dass der DFB auch hier das Höchstmaß eines Stadionverbots aussprechen und die Straftäter für die nächsten drei Jahre von Fußballstadien fernhalten wird. Der deutsche Fußball kann auf solche Leute verzichten.“ Um eine verbesserte Sicherheit auf Bayerns Sportplätzen und Stadien zu schaffen, fordert Harald Schneider eine Umschichtung von Haushaltsmitteln. Hierzu liegt bereits ein Antrag der SPD an die bayerische Staatsregierung vor. Ziel ist es, dass die Fanprojekte der Vereine finanziell besser aus-

gestattet werden. „Nur durch eine bessere finanzielle Unterstützung könne gewaltbereiten Fans umfassend und präventiv begegnet werden“, so die Gewerk-



schaft der Polizei. Besonders im Fußball und hier vor allem auf regionaler Ebene, steigt das Gewaltpotential enorm. Die Zuschüsse für Fanprojekte in Bayern sind im Staatshaushalt seit Mitte der 90er Jahre hingegen nicht mehr fortgeschrieben worden. Mit dem Schwerpunkt der Prävention gegen Gewalt, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung leisten die Fanprojekte integrative Arbeit zwischen Fußballfans, wie sie unterschiedlicher oft nicht sein können. Dabei beziehen die Fanprojekte die jugendliche Lebenswelt im Stadtteil, der Schule und in der Familie in ihre pädagogische Arbeit mit ein. Die Betreuung von Auswärtsfahrten durch die Fanbetreuer stellt einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Fanprojekte dar. Bei der Polizei selbst sind in Bayern zu wenig Szenekundige Beamte (SKB) eingesetzt, die die Fans auf ihren Fahrten zu den Spielen begleiten.

Die Fanprojekte sollen seit 1993 zu je einem Drittel von den Kommunen, dem

DFB/DFL und eben den Ländern finanziert werden. Bisher sieht sich die Bayerische Staatsregierung jedoch nicht in der Lage, ihren finanziellen Anteil für diese Fanprojektarbeit in voller Höhe zu erbringen bzw. die Finanzausstattung der bayerischen Fanprojekte zu erhöhen. Die DFL und der DFB haben in Abstimmung mit der DFL am 27. Juni 2008 die maximale Fördersumme für Fanprojekte auf je 60.000 Euro angehoben, können aber die Summe nicht auszahlen, weil die Zahlung weiter an die mit Land und Kommune gemeinsam vereinbarte Drittelfinanzierung geknüpft ist. Durch die fehlende Erhöhung des Zuschussbetrages des Landes Bayern entgingen nach Angaben des Bayerischen Fußball-Verbandes zum Beispiel dem Fanprojekt München bezogen auf den Lizenzfußballbereich pro Saison ein Geldbetrag von bis zu



29.807,40 Euro, dem Fanprojekt Augsburg 31.200 Euro und dem Fanprojekt Nürnberg 31.466,50 Euro. Wie wichtig die Fanprojekte sind, zeige sich immer häufiger. Schneider führt an, dass es dieses Jahr insbesondere in niedrigklassigen Spielen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Die erste

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern

Satz und Layout: Markus Wimmer

E-Mail: wimmer@gdpbayern.de

Telefon: 089/578388-50

Telefax: 089/578388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München



Fortsetzung von Seite 1

und zweite Liga sind nicht das Hauptproblem der Polizei.

Bereits seit August 2008 bittet der Bayerische Fußball-Verband die Bayerische Staatsregierung darum, den Zuschussbetrag für die Fanprojekte zu erhöhen, bisher jedoch unter Verweis auf fehlende Mittel ohne Erfolg. Im Doppelhaushalt 2009/2010 ist eine Mittelerhöhung für die Fanprojekte wieder nicht erfolgt. Die aktuelle Situation führt unter anderem dazu, dass das Fanprojekt München seine Einsätze bei Auswärtsfahrten beschränken muss und auch bei neuen Aufgaben wie der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund Abstriche unumgänglich sind. Schneider betont, dass mit einer Anpassung und Erhöhung der Mittel in Zukunft endlich eine zeitgemäße, bessere und gemeinsame Fanprojekt- und Präventionsarbeit gewährleistet werden könnte.

Das Thema „Gewalt und Fußball“ stand auch auf der Tagesordnung der Konferenz der Innenminister der unionsgeführten Länder in der vergangenen Woche, wo auch ein Gespräch mit DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger stattfand. Innenminister Herrmann sieht vor allem die Einführung der neuen dritten Liga als Quell neuer Gewalt. Nach seiner Aussage ist seit deren Einführung der Einsatz von Polizeikräften in Bayern um 50 % gestiegen. Außerdem gebe es um die 1.100 gewaltbereite Fans in ganz Bayern. Diese in Zukunft einzugrenzen, muss in Zukunft unser aller Aufgabe sein.



GdP begrüßt geplante Lockerung der Residenzpflicht für Münchner Polizeibeamte

Die GdP begrüßt die geplante Lockerung der Residenzpflicht für Münchner Polizeibeamte, die Innenminister Joachim Herrmann vergangene Woche öffentlich gemacht hatte. Die Residenzpflicht sieht vor, dass Beamte des PP München, des Bayer. Landeskriminalamts und Landesamts für Verfassungsschutz verpflichtet sind, innerhalb des MVV-Bereichs eine Wohnung zu nehmen. Hintergrund dieser Regelung ist die schnelle Verfügbarkeit von Kräften an den Münchner Dienststellen, die der Dienstherr bisher nur so gewährleistet sah. In seiner Pressemitteilung begründete

Herrmann die vorgesehene Änderung dieser Vorschrift mit der hervorragenden Infrastruktur Münchens, die eine schnelle Anreise auch von weiter gelegenen Orten garantiere. „Wenn sichergestellt ist, dass die Beamtinnen und Beamte innerhalb einer Stunde ihren Dienst antreten können, werden sie zukünftig auch beispielsweise in Ingolstadt oder Augsburg wohnen können“, heißt es dort.

Die GdP hatte sich schon seit langer Zeit gegen diese Regelung gestellt, da sie darin eine klare Benachteiligung der Münchner Kolleginnen und Kollegen sah.

Polizei heute: Mehr Arbeit – Mehr Gewalt – Zu wenig Personal

Berlin - (gdp) Der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) schon seit längerem scharf kritisierte und von den Innenministern stets verharmloste Stellenabbau bei der Polizei ist jetzt amtlich. Nach der GdP vorliegenden Zahlen sind von 2000 bis 2008 9.256 Stellen im Polizeivollzugsbereich ersatzlos gestrichen worden. Von ehemals 273.096 Beamten sind heute nur noch 263.840 im Einsatz. Das ist ein Rückgang von 3,4 Prozent. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Nahezu jeden Tag müssen wir Horrormeldungen über gewalttätige Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten lesen. Schwere und schwerste Verletzungen von Einsatzkräften sind an der Tagesordnung. Die Bitte um Verstärkung von Kolleginnen und Kollegen in brenzligen Situationen muss immer häufiger aufgrund fehlenden Personals abgelehnt werden.“ Im Gegenzug schultere die Polizei seit vielen Jahren immer mehr Aufga-

ben. Von der Terrorbekämpfung über die Internetkriminalität bis hin zur ständig wachsenden Zahl von Großeinsätzen bei Fußballspielen, Politgipfeln und Demonstrationen, die Anforderungen an die Polizei würden ständig erhöht. Freiberg: „Mir ist nicht erklärlich, warum ausgerechnet die Polizei, deren Belastung so drastisch gestiegen ist, nicht gestärkt, sondern geschwächt wird.“

Freiberg appelliert an die verantwortlichen Politiker, schleunigst den Hebel umzulegen und die Polizei personell spürbar zu stärken: „Wem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, darf auf der anderen Seite diejenigen, die jeden Tag mit ihrem Leib und Leben dafür einstehen, nicht im Steinhagel oder mit einem wütenden Mob konfrontiert allein lassen.“ Mehr Polizei, so Freiberg, bedeute mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Polizistinnen und Polizisten.



Übermittlungssperre für Meldebehörden

Von den Meldebehörden werden - ganz legal - Meldedaten sogar ohne Überprüfung/Nachweis eines besonderen Interesses an Privatpersonen, Parteien und Religionsgemeinschaften übermittelt. Dies ist auch online möglich.

So kommt es schon vor, dass die persönlichen Daten offen z.B. im Telefonbuch am Hauptbahnhof ausliegen, ohne davon zu wissen.

Dem kann Einhalt geboten werden mit dem Antrag auf Speicherung von Übermittlungssperren. Nach Art. 8 des Bayerischen Gesetzes über das Meldewesen (MeldeG) vom 08.12.2006 hat der Betroffene gegenüber der Meldebehörde nach Maßgabe dieses Gesetzes ein Recht auf kostenfreie Speicherung von Übermittlungssperren in besonderen Fällen. Jede Gemeinde müsste also ein solches Formular vorliegen haben. Ansonsten kann das Formblatt der Landeshauptstadt München, das beim Landesbezirk anzufordern ist, entsprechend umformuliert werden.

40-Stunden-Woche - kommt sie und wann denn nun?

Eine kleine Rückbetrachtung von Peter Schall



Die GdP hatte zusammen mit den anderen ÖD-Gewerkschaften im DGB immer wieder Druck in der Frage der 42-Stunden-Woche gemacht und war

dabei stets auf eine Mauer des Widerstandes gestoßen. Nachdem unserem Ministerpräsidenten Seehofer aber bei jedem Besuch einer Dienststelle landauf – landab das Thema „um die Ohren geknallt wurde“ und damit klar war, dass es nicht nur wildgewordene Gewerkschaftsfunktionäre sind, die das Thema am Köcheln halten, wurde gehandelt. Zunächst wurden Arbeitszeitkonten diskutiert, gegen die es sowohl von seiten der Gewerkschaften als auch der Haushälter im Landtag Vorbehalte gab. Diese Lösung hätte zwar den Charme gehabt, die 40-Stundenwoche beinahe zum Nulltarif zu bekommen, aber es wäre eben möglicherweise direkt eine Luftbuchung gewesen.

Tja – dann kam es, nachdem eine Lösung bis zur Sommerpause öffentlich

versprochen und u.a. auch durch unseren LV Harald Schneider angemahnt wurde, zu einem Zeitplan. Diesen hatte die GdP, nachdem unsere Quellen diesen so verkündet hatten, zum ersten Flugblatt mit den Stichtagen 01.08.2011 und 01.08.2013. Die Thematik ist aber in der politischen Diskussion nicht unumstritten – es gibt durchaus zahlreiche kritische Stimmen, die hier Wahlgeschenke für die Beamten zu Lasten des Steuerzahlers vermuten. Daher wurde der Beginn nochmals um ein Jahr nach hinten geschoben – aktuell und in der inzwischen der GdP vorliegenden ÄnderungsVO zur AzV und UrIV fixiert sind nun der 01.08.2012 für Beamte über 50 Jahre bereits 40, für die anderen erstmal der Rückgang auf 41 Stunden und zum 01.08.2013 arbeiten alle Beamte wieder einheitlich 40 Stunden in der Woche.

So steht es nun im VO-Entwurf des StMF – und auch diese Verordnung muss erst noch den Landtag passieren, wo es durchaus auch Kritiker gibt. Daher ist abzuwarten, ob die nun so vorgelegte schöne Lösung auch wirklich kommt – als GdP hoffen wir natürlich auch, dass es so abgesehnet wird und aus Haushaltsgründen keine Blamage für alle Beteiligten wird. Wir hätten uns natürlich eine frühere Verwirklichung gewünscht, müssen aber in Anbetracht der durchaus reichlich vorhandenen Gegner froh sein, wenn wir wenigstens dieses Ziel erreichen. Übrigens: Im Gegenzug werden natürlich auch die beiden zusätzlichen Tage Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende, die Eure GdP als minimalen Ausgleich für die 42-Stundenwoche politisch durchsetzen konnte, wieder gestrichen – und zwar zum 01.01.2014.





Sozialwerk der GdP Bayern
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
BAYERN



Exklusiver Vorzugstarif für GdP-Mitglieder

max. **10 Cent**
in alle Netze!

Sozialwerk der GdP Bayern

GdP Bayern Spar-Paket

inkl. 1 Handy nach Wahl³

ab **monatl. 5,99€**



Wahlweise Handy Nokia 3110 (schwarz),
Nokia 5000 (grün/weiß) oder
Sony Ericsson T 303 (silber oder schwarz)

Vertrag ohne Handy
ab **3,99€** /Monat



Vorteile für GdP-Mitglieder:

- ✓ kostenfreier Kunden-Service - keine kostenpflichtige Hotline
- ✓ günstige Verbindungsminuten auch in andere Netze (max. 10 Cent pro Minute)
- ✓ keine "versteckten" Kosten

Weitere Informationen auf Anfrage!

Informieren Sie sich jetzt kostenlos:

0800 8888 200 (kostenlose Hotline)
www.swbayern.de

Alle Tarife zu TELCAT mobil gültig ab 17.12.2008. Alle Preise pro Minute inklusive der gesetzlichen MwSt. bei minutengenaue Abrechnung. Tarife zu hier nicht genannten Ländern/Destinationen auf Anfrage. Keine Anschlussgebühr. Kein Mindestumsatz. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate, automatische Verlängerung um jeweils 12 Monate, wenn keine Kündigung mindestens 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit erfolgt. Alle Rechte und Änderungen vorbehalten.
 1. Der Tarif TELCAT mobil Volume beinhaltet keine Verbindungsminuten, Verbindungen werden entsprechend der jeweils gültigen Preisliste berechnet. Die aktuelle Preisliste ist im Internet unter www.telcat-mobil.de oder auf Anfrage verfügbar.
 2. Der Tarif TELCAT FLAT L beinhaltet alle Verbindungen ins deutsche Festnetz, ausgenommen Auskunftsdienste und Sondernummern, sowie alle Verbindungen innerhalb des TELCAT Mobilfunknetzes. Alle weiteren Verbindungen werden gemäß der jeweils gültigen Preisliste berechnet.
 3. Bei zusätzlicher Endgerätebestellung wird neben dem monatlichen Tarifpreis ein weiterer Zusatzpreis fällig; dieser beträgt die Hälfte des Tarifpreises. Der Tarifpreis TELCAT mobil 2,- € monatlich während der gesamten Vertragslaufzeit. Gilt ausschließlich in Verbindung mit dem Abschluss eines TELCAT mobil-Vertrages. Aktionsangebot, nur solange der Vorrat reicht.